# Stadt Dübendorf

**Gemeinderat**

Sitzung vom **03. Februar 2025**

## 27. Sitzung des Gemeinderates

| | |
|---|---|
| Datum, Zeit | Montag, 3. Februar 2025, 19:00 Uhr bis 20:05 Uhr |
| Ort | Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf |
| Vorsitz | Roger Gallati (FDP), Gemeinderatspräsident |
| Anwesend | 37 Gemeinderatsmitglieder |
| Entschuldigt abwesend | Claudia Günthart (Aufrecht)<br>Reto Heeb (die Mitte/EVP)<br>Alexandra Freuler (SP) |
| Protokoll | Aline Helbling, Stv. Gemeinderatssekretärin |
| Stimmenzählende | Christian Gross (SP)<br>Marco Lang (Die Mitte/EVP)<br>Sarah Steiner (SVP) |

# Stadt Dübendorf

**Gemeinderat**

Sitzung vom **03. Februar 2025**

**Traktanden**

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 25. Sitzung vom 2. Dezember 2024

3. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung vom 9. Dezember 2024

4. IMWIL Alters- und Spitexzentrum Dübendorf, Kreditbewilligung Photovoltaik-Anlage auf den Häusern A, B, C und E IMWIL Alters- und Spitexzentrum
   GR Geschäft Nr. 47/2024

5. Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte für die Amtsdauer 2022-2026
   Rücktritt Theo Johner
   GR Geschäft Nr. 61/2024

6. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2022-2026
   Rücktritt Reto Heeb
   GR Geschäft Nr. 62/2024

7. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2024/2025

## 1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) begrüsst zur 27. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2022-2026.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Da zur Traktandenliste keine Änderungsanträge gestellt werden, gilt diese als genehmigt.
Für die heutige Sitzung haben sich Claudia Günthart (Aufrecht), Reto Heeb (die Mitte/EVP) und Alexandra Freuler (SP) entschuldigt. Es sind somit 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat hat sich Martin Bäumle (glp/GEU) abgemeldet.

Da Stimmenzählerin Alexandra Freuler (SP) abwesend ist, hat sich verdankenswerterweise Christian Gross (SP) bereit erklärt, als Stimmenzähler einzuspringen. Da es dagegen keine Einwände und es auch keine weiteren Vorschläge gibt, erklärt der Ratspräsident Christian Gross (SP) für die heutige Sitzung als Stimmenzähler gewählt gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Dübendorf und bedankt sich dafür bei ihm.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) freut sich, heute zwei neue Ratsmitglieder begrüssen zu dürfen. Erika Attinger (glp/GEU) ist für Katrin Vögeli (glp/GEU) in den Rat nachgerückt. Wie üblich bittet der Ratspräsident Erika Attinger (glp/GEU), sich dem Gemeinderat kurz vorzustellen.

Erika Attinger (glp/GEU)
"Ich gebe ein Comeback nach einem Dritteljahrhundert. Damals vor dreiunddreissig Jahren – wie ich dem Heimatbuch Dübendorf sei Dank ausgerechnet habe – war ich ebenfalls das erste Mal im Gemeinderat. Für Probleme, deren Lösung nicht gerade auf der Hand liegt, hat man zu Hause oft eine "Grümselischublade" beziehungsweise eine Notfallschublade, wie ich sie gerne nenne. Darin findet man fast immer ein Hilfsmittel oder Werkzeug für fast alles. In einer solchen "Grümselischublade" haben mich meine GLP-Kollegen gefunden – ein Stück Alteisen. Dieses Alteisen ist zwar etwas angerostet – Sie können nachrechnen, wie lang ich hier bereits dabei bin beziehungsweise nicht mehr dabei war – aber dennoch ziemlich gut in Form. Sie haben also ein Recycling-Produkt vor sich stehen. Ich fühle mich geehrt – als einstiges Gründungsmitglied der GLP – dass meine ehemaligen und neuen Kollegen mich auf die Bühne der Politik lassen. Mein damaliger Weg in die Politik verdanke ich einem Artikel eines berühmten Dübendorfers, Prof. Dr. Hans Ruh mit dem Titel "Ethik in der Politik". Darin schrieb Prof. Ruh, dass das Problem der Politik in der Kurzfristigkeit der politischen Verantwortung liege. Diese reicht meist nur bis zu den nächsten Wahlen. Dem gegenüber stehen aber die langfristigen Probleme, die weit in die Zukunft reichen und welche wir eigentlich lösen müssten. Als Politikerinnen und Politiker sind wir daher verpflichtet, weitsichtig zu denken und langfristig verhebende Lösungen zu suchen. Solche Lösungen sind meist kompliziert und unbequem. Wie erklären wir dem Stimmbürger den Sinn von nachhaltigen Lösungen gegenüber einem Nichtstun, abwarten, vom Status Quo profitieren. Es ist zwar schon länger her, aber ich weiss noch mit welchen Schlagwörtern ich in allen Wahlkämpfen wieder angetreten bin. Mein Motto war: An morgen denken, heute handeln. Damals ging es mir um die Zukunft unserer drei Kinder, heute geht es mir um die Zukunft unserer fünf Enkelkinder. Ich recycle meine Ideen von damals. Ich setze mich ein für eine möglichst intakte, friedvolle, saubere und lebenswerte Umwelt. Das heisst saubere Luft, sichere Strassen, wenig Lärm, pestizidfreie Böden, gutes Trinkwasser, gute Schulen, einen effizienten ÖV, gute medizinische Grundversorgung, Sicherheit im öffentlichen Raum, Spiel- und Sportmöglichkeiten in erreichbarer Nähe. Das möchte ich nicht nur vor der eigenen Haustüre oder im Quartier erreichen. Möglichst viele Menschen in der Gemeinde, im Kanton, im Land, überall auf der Welt sollten friedlich miteinander leben können und die oben erwähnten Grundbedürfnisse geniessen können, so wie wir. Das alles kann man nicht allein erreichen, es braucht Teamwork. Darum freue ich mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit meinen lieben neununddreissig Kolleginnen und Kollegen. Let's go!"

Ratspräsident Roger Gallati (FDP) bedankt sich bei Erika Attinger (glp/GEU) und wünscht ihr eine interessante Amtszeit. Ebenfalls ist Remo Stadler seitens der Fraktion die Mitte/EVP für Theo Johner (die Mitte/EVP) in den Rat nachgerückt. Auch er wird gebeten, sich dem Gemeinderat vorzustellen.

Remo Stadler (die Mitte/EVP)
"Mein Name ist wie genannt Remo Stadler. Ich bin vor vierunddreissig Jahren nach Dübendorf gezogen – direkt aus dem Unispital Zürich ins schöne Sonnenbergquartier. Mit der Stadt Dübendorf verbinde ich sehr viele Erinnerungen und habe mich schon früh in zahlreichen Vereinen wie zum Beispiel die Pfadi St. Jakob oder die Jugendmusik engagiert. Dank meiner Tätigkeit im Vorstand der Jugendmusik wurde ich angefragt, ob ich der Jugendkommission der Stadt Dübendorf beitreten möchte. So hatte ich das erste Mal Kontakt mit der politischen Stadt Dübendorf. Durch mein Engagement in der Jugendkommission bin ich auch in die damalige CVP eingetreten sowie in den Vorstand. Der angestrebte Wechsel in den Gemeinderat musste bis heute auf sich warten lassen. In der Zwischenzeit habe ich mich in der Partei engagiert als Vorstandsmitglied und als Parteipräsident

der Ortspartei der CVP und bin auch heute in der Mitte als Vorstand tätig. Ich bin gelernter und studierter Maschinenbautechniker und studierter Elektrotechnikeringenieur. Zurzeit arbeite ich als Project Manager Industrial Engineer bei der Firma Mettler Toledo in Nänikon. In dieser Aufgabe darf ich die Produktion der Mettler auf neue Herausforderungen vorbereiten und den Wandel neuer Technologien vorantreiben und ermöglichen. Gerne nutze ich auch diese Gelegenheit, um mich bei allen zu bedanken, die mich in die neue Aufgabe als Gemeinderat eingeführt haben, bei Friederike und meinen Fraktionskollegen. Ich wurde sehr herzlich aufgenommen und alles, was ich für den heutigen Abend benötige, wurde mir erklärt. Ich freue mich auf diese Aufgabe, auf zahlreiche Diskussionen mit Ihnen und gemeinsam die Zukunft der Stadt Dübendorf zu ermöglichen."

Ratspräsident Roger Gallati (FDP) bedankt sich bei Remo Stadler (die Mitte/EVP) und wünscht ihm ebenfalls eine interessante Amtszeit. Er heisst ihn und Erika Attinger (glp/GEU) herzlich im Rat Willkommen. Weiter informiert der Ratspräsident über die vom Stadtrat neu überwiesenen Geschäfte und beantworteten Vorstösse.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgendes Sachgeschäft überwiesen:

- Gesamtrevision Richt- und Nutzungsplanung

Das Geschäft wird von der KRL vorberaten.

Die Antwort vom Stadtrat ist auf folgenden politischen Vorstoss beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Patrick Walder (SVP) zur Genossenschaft Kalkbreite

Die Schriftliche Anfrage ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt.

**Fraktions- und persönliche Erklärungen**

Persönliche Erklärung David Siems (Grüne)
" Letzten Montag vor 80 Jahren hat ein ukrainisches Bataillon das KZ Auschwitz befreit – übrigens unter einem jüdischen Kommandanten.
Zum Genozid an sich möchte ich nichts sagen. Dazu bin ich weder qualifiziert noch persönlich berechtigt und ich möchte nicht respektlos sein.
Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ein wenig beachtetes Nebenthema ansprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist:
In ganz Europa hat es nur ein einziges von den Nazis besetztes Land gegeben, in dem die jüdische Bevölkerung während des Krieges gewachsen ist: Albanien.
Hunderte Jüd:innen sind während des Krieges in das mehrheitlich muslimische Land geflüchtet, wo einheimische Familien sie vor den Nazis versteckten. Lokale Behörden haben sogar gefälschte Papiere für diese Menschen ausgestellt. Das hat es bei uns in der Schweiz natürlich auch gegeben, Paul Grüninger ist ein bekanntes Beispiel. Aber unser Land ist eben nicht feindlich besetzt gewesen.
Was hat das mit uns hier und heute zu tun?
Hier und heute wirkt diese Geschichte über Muslime, die Juden vor einem gemeinsamen Feind schützen fast surreal. Vor allem der Nahostkonflikt wird bei uns von verschiedenen Seiten genutzt, um Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in unserem Land so sehr zu schüren, wie schon lange nicht mehr. Das hat schon für drei Menschen – einen Juden in Zürich-Selnau und zwei Muslime in Bad Ragaz – fast tödliche Konsequenzen gehabt. Das hätte genauso gut in Dübendorf passieren können.

„The history book on the shelf is always repeating itself“ ist kein Naturgesetz, sondern eine selbsterfüllende Prophezeiung. Wir haben die Wahl, ob und wessen Geschichte sich bei uns wiederholen soll. In Bezug auf das Verhältnis zwischen Muslimen und Juden und auf das Mitgefühl mit Schutzsuchenden wünsche ich mir ganz persönlich, dass es bei uns ein bisschen mehr so läuft wie damals in Albanien.
Das tue ich nicht aus reiner Nächstenliebe gegenüber diesen Menschen, sondern auch aus Sorge darum, wie man irgendwann mit mir und meinen Lieben umgehen könnte, wenn sich das gesellschaftliche Klima zu unseren Ungunsten verändern würde. Ich hoffe, der Eine oder die Andere von Ihnen kann sich mir da anschliessen."

## 2. Protokollgenehmigung der 25. Sitzung vom 2. Dezember 2024

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 2. Dezember 2024 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## 3. Protokollgenehmigung der 26. Sitzung vom 9. Dezember 2024

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 9. Dezember 2024 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## 4. IMWIL Alters- und Spitexzentrum Dübendorf, Kreditbewilligung Photovoltaik-Anlage auf den Häusern A, B, C und E IMWIL Alters- und Spitexzentrum GR Geschäft Nr. 47/2024

Rico Eberle (glp/GEU), Sprecher der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission
"Ich darf ihnen nachfolgend das Geschäft «Ausbau Photovoltaik-Anlage auf den Häusern A, B, C und E im IMWIL Alters- und Spitexzentrum» präsentieren. Vorweg bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit mit den beiden UK-Mitgliedern Tanja Boesch und Daniel Burkhardt.

Formelle Prüfung
Die formelle Prüfung hat ergeben, dass der Antrag des Stadtrats vom 11. Juli 2024 nach Massgabe der einschlägigen GRPK-Checkliste verfasst, verständlich formuliert und übersichtlich strukturiert ist. Die Unterlagen sind vollständig gemäss Aktenverzeichnis.

Inhalt des Antrages
Das IMWIL Alters- und Spitexzentrum plant, die bestehende Photovoltaik-Anlage auf Gebäude D um neue Anlagen auf den Dächern der Gebäude A, B, C und E zu erweitern. Ziel ist es, den Eigenverbrauch von Solarstrom zu maximieren und die Abhängigkeit vom öffentlichen Stromnetz zu reduzieren. Die neue Anlage wird es ermöglichen, 95,6 % des erzeugten Stroms direkt vor Ort zu nutzen, was einem Autarkiegrad von 21,9 % entspricht. Überschüssiger Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet. Dieses Vorhaben unterstützt nicht nur die Nachhaltigkeitsziele der Stadt Dübendorf, sondern trägt auch zur langfristigen Energieversorgungssicherheit bei.

Zu den neu geplanten Photovoltaik-Anlagen auf den Häusern A, B, C und E soll auch die Anlage auf Haus D von den Glattwerken übernommen werden. Die Übernahme dieser bestehenden Anlage wird von den Glattwerken begrüsst.

*** Projektion der nachstehenden Abbildung im Saal***

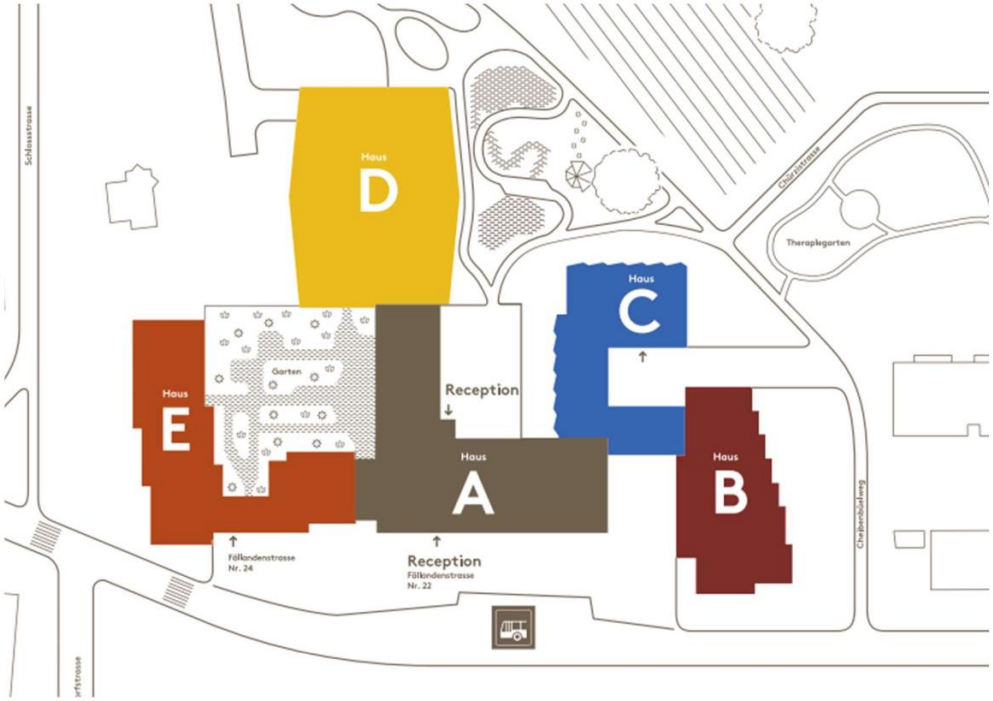


*Abbildung 2: Übersicht Alters- und Spitexzentrum Dübensdorf - Quelle: https://imwil.ch/files/content/downloads_ueberuns/imwil_haeuser_plan.pdf*

- Finanzierung und Wirtschaftlichkeit:
  Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf CHF 750'000, wovon CHF 690'000 als Bruttokredit beim Gemeinderat beantragt werden. Die Differenz umfasst gebundene Ausgaben wie die Absturzsicherungen. Zusätzlich ist die Anlage berechtigt zum Erhalt von Fördergeldern in der Höhe von CHF 66'000 – diese sind im Bruttokredit noch nicht berücksichtigt. Die Anlage wird sich innerhalb von 15 bis 18 Jahren amortisieren. Die jährlichen Betriebskosten betragen CHF 4'700, was eine Anpassung gegenüber der ursprünglichen Schätzung von CHF 1'000 darstellt. Diese Anpassung wurde durch die Unterkommission geprüft und in einem Änderungsantrag berücksichtigt.

- Zeitliche Umsetzung:
  Die Planungsarbeiten können sofort starten, während die Bauarbeiten für ab Sommer 2025 vorgesehen sind. Es gibt keine Abhängigkeiten zu weiteren Geschäften. Die Ausschreibung erfolgt gemäss der Submissionsverordnung und es ist geplant, dass die MLS-Architekten GmbH die Bauleitung übernehmen wird. Die Abklärungen der UK haben ergeben, dass die MLS-Architekten bereits erfolgreiche Projekte wie die Photovoltaik-Anlagen auf dem Restaurant Geeren und der Curling-Halle begleitet haben.

Getroffene Abklärungen der UK
Die UK hat sich in drei Sitzungen zum vorliegenden Geschäft getroffen und in zwei Fragerunden an den Stadtrat gewandt. Nachfolgend gebe ich ihnen eine Übersicht der beleuchteten Themengebiete.

- Weiteres Vorgehen:
  Die Arbeiten müssen nach Submissionsverordnung ab CHF 250'000 als offene Submission ausgeschrieben werden. Vorgesehen ist, dass MLS-Architekten die Ausschreibung sowie die Bauherrenvertretung übernehmen wird.

- Autarkie-/Nutzungsgrad:
  Die Fragen zu diesen beiden Kennzahlen wurden zufriedenstellend beantwortet. Die Lastgangmessung wurde durch die Glattwerk AG vorgenommen und berücksichtigt auch den Tag/Nacht-Verbrauch. Tagsüber wird der Strom komplett für den Betrieb der Lingerie, der Küche, der Verwaltung und weiteren Einheiten aus dem Alters- und Spitexzentrum verbraucht.
  Weil der Stromverbrauch über den Tag grösser ist, als der von der PVA produzierte Strom, ist ein nachgefragter Batteriespeicher nutzlos. Nebst dem Batteriespeicher – Nachtstromnutzung – wurde auch die Idee geprüft, Notstrom über die PVA zu generieren. Dies wäre über eine PVA technisch gesehen möglich. In der Praxis wäre das aber komplett unwirtschaftlich.

- Kostenvoranschlag/Herkunft der Produkte:
  Betreffend die Nachfrage zur Herkunft der Produkte – im Kostenvoranschlag v.a. aus asiatischem Raum – wurde wie folgt geantwortet: «In der Submission werden Qualitätsprodukte aus Europa und aus Asien ausgeschrieben. Somit ist gewährleistet, dass Offertvergleiche überhaupt möglich sind.»

- Betriebliche Folgekosten:
  Der SR bestätigt in seiner Antwort, dass die betrieblichen Folgekosten sich nicht wie in der Weisung auf CHF 1'000 pro Jahr belaufen, sondern CHF 4'700 pro Jahr. Da gemäss Kreditrecht die Folgekosten nicht zum Bruttokredit gerechnet werden, ergänzt die UK einen Hinweis als zusätzliche Beschlussziffer, dass der GR die betrieblichen und personellen Folgekosten in der neuen korrigierten Höhe zur Kenntnis nimmt.

- Sanierung Neubau IMWIL Haus E:
  Die Planung der Sanierung des Haus E ist noch nicht gestartet. Diese wird im Zuge der Ausarbeitung der Weiterentwicklung des IMWIL Campus erfolgen, welche im Investitionsbudget 2025 eingestellt ist. In den Legislaturzielen ist die Sanierung/Neubau Haus E auf frühestens 2032 angedacht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich in der Ausarbeitung der Weiterentwicklung des IMWIL Campus zeigt, dass sich dieser Zeitpunkt weiter nach hinten verschiebt. Die Photovoltaik-Anlage kann sowohl bei einer Sanierung als auch beim Neubau des Haus E wiederverwendet werden.

Fazit
Das Projekt ist gut ausgearbeitet und dokumentiert – die Fragen zum Geschäft wurden in ausreichendem Detaillierungsgrad beantwortet. Die getroffenen Abklärungen – Machbarkeitsbericht, Kostenvoranschlag etc. – wirken für die GRPK in Bezug auf die Grösse des Projekts ausreichend und solide. Der Prozess betreffend das weitere Vorgehen wurde auf Nachfrage UK konkretisiert. Die Wirtschaftlichkeit des Projekts inklusive der Übernahme der PVA der Glattwerke dient der

Zielerreichung in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Stadt Dübendorf. Der Nutzungsgrad der Anlage mit 95.6% des produzierten Stroms direkt im IMWIL zeigt den direkten Nutzen auf.

Antrag der GRPK
Die GRPK beantragt einstimmig die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft unter Berücksichtigung des Änderungsantrages:

Änderungsantrag Beschlussziffer 3
«*Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die betrieblichen und personellen Folgekosten sich auf CHF 4'700 pro Jahr (anstelle der in der Weisung veranschlagten CHF 1'000) belaufen.»"*

Stellungnahme Stadtrat, Ivo Hasler (SP), Sozialvorstand
"Ich möchte mich im Namen des Stadtrats und auch im Namen des IMWIL ganz herzlich bei der UK und der GRPK für die wohlwollende Prüfung dieses Antrags bedanken. Es freut mich sehr, dass wir dieses Projekt nun auf den Weg schicken können. Ich glaube, das ist wirklich eine gute Sache. Sie haben es gehört: der hohe Eigenverbrauchsgrad, gerade bei einer Institution wie das IMWIL, welche tagsüber sehr viel Strom benötigt, macht sicher sehr viel Sinn. Ich denke, es ist sicher wichtig, dass wenn wir jetzt schon bald die Liegenschaftenstrategie angehen, werden auch diese Sachen weiter beleuchtet und die ganzen Themen über die Energieversorgung auch für die Zukunft diskutiert. Ich möchte mich auch für die unkomplizierte Handhabung mit dem Schnitzer wegen den Folgekosten bedanken – ich glaube das ist am richtigen Ort – und möchte Ihnen dieses Geschäft ganz herzlich empfehlen zur Annahme."

**Diskussion**
Keine

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung**

Änderungsantrag
Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK zur Ergänzung einer neuen Beschlussziffer 3 zum Antrag des Stadtrats einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen an.

Schlussabstimmung
In der Schlussabstimmung stimmt der Gemeinderat dem Antrag des Stadtrats und der GRPK unter Berücksichtigung der neu beschlossenen Beschlussziffer 3 zum einmaligen Bruttokredit in Höhe von Fr. 690'000.00 für den Ausbau der Photovoltaikanlage im IMWIL Alters- und Spitexzentrum einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen zu. Der Stadtrat wird somit mit dem weiteren Vollzug dieses Geschäftes beauftragt.

**Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

1. Der Ausbau der Photovoltaik-Anlage auf den Häusern A, B, C und E im IMWIL Alters- und Spitexzentrum wird genehmigt.

2. Der dafür benötigte Bruttokredit von Fr. 690'000.00 wird bewilligt.

3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die betrieblichen und personellen Folgekosten sich auf CHF 4‘700 pro Jahr (anstelle der in der Weisung veranschlagten CHF 1‘000) belaufen.

4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 5. Ersatzwahl KRL Reto Heeb für Theo Johner GR Geschäft Nr. 61/2024

Aufgrund des Rücktritts von Theo Johner (die Mitte/EVP) aus dem Gemeinderat und somit der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL) ist eine Ersatzwahl durchzuführen.

Zunächst informiert Ratspräsident Roger Gallati (FDP) darüber, dass die IFK Roland Wüest (SP) einstimmig zum neuen IFK-Präsidenten für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt hat. Gemäss Art. 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates konstituiert sich die Interfraktionelle Konferenz selbst, so dass dies bereits geschehen ist. Der Ratspräsident bittet daher den neuen Vorsteher der Interfraktionellen Konferenz, Roland Wüest (SP), den Wahlvorschlag der IFK vorzustellen.

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
"Die IFK schlägt ihnen Reto Heeb (die Mitte/EVP) als Ersatz für Theo Johner (die Mitte/EVP) in der KRL vor."

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Da zum Vorschlag der interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht werden, erklärt der Gemeinderatspräsident gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Reto Heeb (die Mitte/EVP) als Mitglied der KRL für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 als gewählt und wünscht ihm eine interessante Kommissionstätigkeit.

## 6. Ersatzwahl GRPK Remo Stadler für Reto Heeb GR Geschäft Nr. 62/2024

Aufgrund des Rücktritts von Reto Heeb (die Mitte/EVP) aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) ist eine Ersatzwahl durchzuführen.

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
"Die IFK schlägt ihnen Remo Stadler (die Mitte/EVP) als Ersatz für Reto Heeb (die Mitte/EVP) in der GRPK vor."

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Da zum Vorschlag der interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht werden, erklärt der Gemeinderatspräsident gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Remo Stadler (die Mitte/EVP) als Mitglied der GRPK für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 als gewählt und wünscht ihm eine interessante Kommissionstätigkeit.

## 7. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2024/2025

Für diese Fragestunde sind 10 Fragen gestützt auf Art. 42 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich eingereicht worden. Gemäss Geschäftsordnung kann der oder die Fragestellende eine ergänzende Frage stellen, nicht aber andere Ratsmitglieder. Die Begründungen zu den Fragen sind möglichst kurz zu halten. Alle Fragen werden im Folgenden mit Einleitung und Fragestellung im Ratssaal projiziert und zusätzlich von den jeweiligen Fragestellenden mündlich vorgetragen.

### Frage 1 von Marco Lang (die Mitte /EVP) zur Volksinitiative "Alterswohnungen im Zentrum"

Einleitung
An der Sitzung vom 2. September wurde uns ein Grundsatzentscheid des Stadtrats bis Ende Jahr in Aussicht gestellt. Diese Frist ist nun seit einem Monat abgelaufen.

Frage
Wie ist der aktuelle Stand?

Antwort des Stadtrates, Hanspeter Schmid (Die Mitte/EVP), Sicherheitsvorstand
«Im Namen des Finanzvorstands beantworte ich gerne diese Frage. Es ist so, dass anlässlich der Stadtratssitzung vom 14. Januar das Thema "Volksinitiative Alterswohnungen im Zentrum" diskutiert und das weitere Vorgehen definiert worden ist. Mit einem entsprechenden bevorstehenden Stadtratsbeschluss wird der Gemeinderat über das weitere Vorgehen informiert. »

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

### Frage 2 von Patrick Schärli (die Mitte/EVP) zu PFAS-Chemikalie im Grundwasser

Einleitung
In der Presse konnte letztens gelesen werden, dass alle in der Schweiz getesteten Grundwasserproben mit Trifluoressigsäure belastet sind.
Gemäss dem Bundesamt für Umwelt handelt es sich bei der künstlichen Chemikalie um eine PFAS-Verbindung, die eigentlich nicht ins Wasser gehört.
Die als TFA abgekürzte Trifluoressigsäure baut sich nicht ab, weshalb sich die Chemikalie im Grundwasser ansammelt.

Fragen
Wie hoch ist die Belastung in Dübendorf?
Welche Möglichkeiten hat die Stadt Dübendorf um
a. die Bevölkerung vor den Gefahren zu schützen?
b. die Belastung in unserm Grundwasser zu senken?

Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand
«Zur ersten Frage: Wie hoch ist die Belastung der TFA in der Stadt Dübendorf? Vorauszuschicken gilt: es werden regelmässig Proben genommen. In der Schweiz, im Kanton Zürich, aber natürlich auch in der Stadt Dübendorf. Die letzte Probeentnahme ergab bei der Trifluoressigsäure einen Wert von rund 1,1 Mikrogramm pro Liter im Trinkwasser. Um diesen Wert zu kontextualisieren, was dies genau bedeutet: es gibt noch keinen festgelegten Grenzwert in der Schweiz, aber in Deutschland, wie ich mir hab sagen lassen, wurde vor rund fünf Jahren ein toxikologischer Leitwert definiert und dieser liegt bei rund 60 Mikrogramm pro Liter. Dies auf der Basis, dass man normalerweise rund zwei Liter Trinkwasser pro Tag trinken würde und das jeden Tag ein ganzes Leben lang. Wenn man diesen Wert von 60 Mikrogramm pro Liter ein Leben lang jeden Tag einnehmen würde, hätte dies immer

noch keine Schädigung der menschlichen Gesundheit zur Folge. Dabei handelt es sich jedoch um eine Basis, eine Annahme, die damals getroffen wurde. Wie gesagt, diese liegt bei 60 Mikrogramm und wir sind aktuell bei 1,1. Es gilt also das vorläufige Fazit zu ziehen, dass grundsätzlich aktuell keine Gefährdung der TFA bei uns vorliegt. Entsprechend sind die momentan gemessenen Werte noch unbedenklich. Das ist die heutige Sicht. Vielleicht ein kurzer Ausflug, worum es sich bei den TFA als Teil der PFAS überhaupt handelt, falls Sie dies nicht bereits aus den Medien entnehmen konnten: PFAS sind eine Gruppe mehrerer tausend Moleküle, die aufgrund ihrer nützlichen Eigenschaften in Produkten wie Feuerwehrlöschschaum, wasserabweisender Bekleidung oder Papieren und Papierbeschichtungen, wie zum Beispiel Papierstrohhalmen oder auch kompostierbarem Geschirr eingesetzt wurden. Heute werden aber PFAS je länger, je weniger gebraucht in der Produktion, aber natürlich sind sie in der Umwelt und sind auch im Umlauf. Sie geraten darum in die Böden und auch ins Grundwasser. Der Abbau erfolgt langsam oder gar nicht. Ein Feature der PFAS ist eben genau das, dass sie wasserabweisend sind und relativ schwer zu zerstören sind. Studien haben ergeben, dass ein Teil dieser PFAS gefährlich sind. Man geht davon aus, dass sie auch krebserregend sind oder andere Schädigungen des menschlichen Körpers verursachen können.
Zu den anderen Fragen: Die PFAS sind ein Thema, das sich nicht nur in Dübendorf auf der Agenda befindet, sondern schweizweit oder sogar global. Wir in Dübendorf können einen Beitrag leisten, indem wir versuchen, Materialien, welche PFAS enthalten, nicht zu kaufen, sondern Materialien, welche Alternativen, die gleich gut sind, zu kaufen und natürlich weiterhin, wie wir dies bereits tun, Messungen vorzunehmen. Entsprechend ist die Senkung dieser TFA- oder allgemein PFAS-Werte relativ schwierig. Ich habe es vorhin erwähnt: der Eintrag in die Böden geht sehr wahrscheinlich weiter, das heisst, die Werte, die wir messen, dürften vermutlich langsam ansteigen, denn das Zeug ist bei uns immer noch im Umlauf – hoffentlich aber langsam. Eine technische Lösung zur Entfernung dieser Stoffe aus der Umwelt gibt es zurzeit nicht. Es wird aber getestet, es wird geforscht. Die ETH brachte letztes Jahr einen Newsletter heraus, indem sie erwähnten, dass in einem Laborversuch erste hoffnungsvolle Ergebnisse erzielt worden sind. Dies ist aber noch nicht skalierbar auf eine grössere Lösung. »

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

## Frage 3 von Paul Steiner (SVP) zu den Sicherheits- respektive Bewachungskosten im Asylbereich

Einleitung
Pressemitteilungen konnte man kürzlich entnehmen, dass beim Bund für Sicherheits- respektive Bewachungsaufgaben jährliche Kosten im dreistelligen Millionenbereich anfallen. In den Mitteilungen wurde ausschliesslich von Kosten auf Bundesebene gesprochen. Deshalb folgende Fragen:

Fragen
- Ist es richtig, dass die Bewachungskosten im Bundesasylzentrum in Dübendorf vollumfänglich vom Bund getragen werden?
- Muss die Gemeinde im «übrigen Asylbereich», inklusive «Status S», Sicherheits-/Bewachungsaufgaben wahrnehmen und wenn ja, mit welchen jährlichen Kostenfolgen?
- Werden Sicherheits-/Überwachungsaufgaben von der Asylorganisation ORS wahrgenommen und dann Dübendorf im Rahmen des Gesamtmandates belastet? Wenn ja, in welcher Grössenordnung bewegen sich diese pro Jahr?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Sozialvorstand
«Zur Frage "Ist es richtig, dass die Bewachungskosten im Bundesasylzentrum in Dübendorf vollumfänglich vom Bund getragen werden?"
Ja, das ist richtig.

Sämtliche mit dem Betrieb des BAZ Dübendorf zusammenhängende Kosten trägt der Bund.

"Muss die Gemeinde im «übrigen Asylbereich», inklusive «Status S», Sicherheits-/Bewachungsaufgaben wahrnehmen und wenn ja, mit welchen jährlichen Kostenfolgen?" Für Sicherheits-/Betreuungsaufgaben werden Fr. 598'800 jährlich ausgegeben. Es handelt sich dabei nicht um eine Bewachung mit einem Sicherheitsdienst. Für das Asylwesen, zu welchem auch Personen mit Status S zählen, ist als Zusatzleistung die sogenannte "erhöhte Präsenz vor Ort bis zu 24 h" mit der ORS Service AG vereinbart. Diese Dienstleistung wird insbesondere in der Kollektivunterkunft Gärtnerstrasse 5 benötigt und quartalsweise mit Fr. 149'700 der Stadt Dübendorf in Rechnung gestellt.

Zur Frage zu den Sicherheits-/Überwachungsaufgaben, welche von der Asylorganisation ORS wahrgenommen werden und die Stadt Dübendorf im Rahmen der Gesamtmandate belasten. Das ist wie gesagt der Fall. Und in welcher Grössenordnung? Im Auftrag der Stadt Dübendorf ist die ORS Service AG für das Asyl- und Flüchtlingswesen zuständig.
Die Zusatzleistung "erhöhte Präsenz vor Ort bis 24 h" dient der Betreuung und Sicherheit der an der Gärtnerstrasse 5 untergebrachten Personen.
Im Ergebnis führt dies zu einer Art Überwachung der untergebrachten Personen, so konkret An- und Abwesenheiten, Einhaltung der Hausordnung.

Und noch ergänzend: Auch während der Unterbringung in der SanHist nach dem Brand an der Gärtnerstrasse 5 musste zwar die Firma Securitas zusätzlich beigezogen und beauftragt werden, dies jedoch aus feuerpolizeilichen Gründen. Von Seiten der Asylkoordination gibt es keine Mandate an externe Sicherheitsdienste.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 4 von David Siems (Grüne) zum Verkehr Kirchbachstrasse Süd (Höhe Vogelquartier)**

Einleitung
Anwohner:innen der südlichen Kirchbachstrasse haben schon mehrfach beim Fragesteller moniert, dass die Strasse besonders zu Stosszeiten als Umfahrung für das Zentrum benutzt und dabei Tempo 50 häufig überschritten wird. Wegen der Nähe zum Schulhaus Birchlen sind dort auch viele Kinder unterwegs. Kürzlich wurde mir berichtet, dass aktuell eine Geschwindigkeitsmessung an der Strasse, durchgeführt wird.

Fragen
Ist sich der Stadtrat der Situation an der Kirchbachstrasse bewusst und die Messung eine Reaktion darauf?

Sind vielleicht bereits Massnahmen in Planung?

Antwort des Stadtrates, Hanspeter Schmid (Die Mitte/EVP), Sicherheitsvorstand
«Bei uns ist zu diesem Abschnitt keine Reklamation eingegangen. Dieser Streckenabschnitt ist bekannterweise seit mehreren Jahren ein Bauabschnitt von der Überbauung Lerchenfeld, welche sich nun im Abschluss befindet. Das heisst, wir hatten bis vor wenigen Wochen in diesem Abschnitt eine Bauabschrankung, welche die Strasse zusätzlich verengt hat. Die Durchfahrt von sich kreuzenden Autos in dem Bereich, indem die Abschrankung stand, erachten wir als fast unmöglich. Das heisst, die auf der nördlichen Seite gelegenen Parkplätze mit den entsprechenden Buchten zum Ausweichen haben das Kreuzen überhaupt möglich gemacht. Darum kann ich nicht sagen, dass dort zu schnell gefahren wird, erstens. Denn erstens handelte es sich um eine Baustelle und zweitens war uns nicht bewusst, dass dort allenfalls zu schnell gefahren worden sein könnte. Ob die Kirchbachstrasse in

diesem Bereich als Umfahrungsroute genutzt wird, dazu liegen im Moment keine aktuellen Untersuchungen vor. Um das festzustellen, wäre eine Untersuchung mit Nummernerhebung durchzuführen. Bisher besteht aber keine Veranlassung für entsprechende Abklärungen seitens Sicherheit.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 5 von David Siems (Grüne) zum Störgeräuschsender "Kinderschreck/The Mosquito" am Leepüntweg**

Einleitung
Hinter der Poststelle befindet sich am Leepüntweg eine Nische mit Sitzbänken und einem Pingpong-Tisch. Dieser wird nachts offenbar mit einem Hochfrequenz-Störgeräusch beschallt, um Jugendliche zu vergraulen, wobei das Laufen über den angrenzenden Leepüntweg, eine wichtige Fusswegverbindung, schon ausreicht, um den Sender auszulösen. Der Einsatz solcher Sender ist sehr umstritten, da sie im Verdacht stehen, Innenohrschäden bei Kindern und Jugendlichen zu verursachen. Die Frequenzen dieser Geräte sind eigentlich so hoch, dass Erwachsene über 25 Jahre sie nicht hören können. Der Sender an dieser Stelle ist aber dermassen laut, dass der Fragesteller - 37-jährig und einseitig auf ein Hörgerät angewiesen - das äusserst unangenehme Geräusch sehr deutlich wahrnehmen kann.

Fragen
Ist es überhaupt zulässig, den öffentlichen Raum auf diese Art (mit) zu beschallen? (Nachtruhe/Lärmschutz).

Ist der Stadtrat bereit, den Eigentümer des Postgebäudes dazu aufzufordern, das Gerät zu entfernen?

Antwort des Stadtrates, Hanspeter Schmid (Die Mitte/EVP), Sicherheitsvorstand
«Es ist etwas schwierig, diese Frage einfach aus dem hohlen Bauch heraus zu beantworten. Ich musste daher heute Nachmittag den Rechtsdienst einschalten, um diese Frage überhaupt klären zu können. Grundsätzlich sind Mosquito-Geräte im öffentlichen Raum zulässig. Wenn allerdings die Schallwellen des Mosquito-Netzes hörbar sind, kann das Gerät analog einer Lautsprecheranlage im freien behandelt werden. Das heisst, dieses Mosquito-Gerät gilt dann als Anlage im Sinne des Raumplanungsgesetzes und ist demzufolge bewilligungspflichtig. Dominic, du erhältst demnächst ein Baugesuch. Wenn keine Bewilligung vorliegt, steht das Gerät unrechtmässig am Leepüntweg. Bei der Prüfung der entsprechenden Gesuche kann das Erfordernis der Lärmbekämpfung nach dem Umweltschutzgesetz und Lärmschutzverordnung, insbesondere dem Vorsorgeprinzip, gebührend Rechnung getragen werden, wie auch die Frage inwiefern der Einsatz solcher Geräte aus jugendpolitischer Sicht adäquat ist. An dieser Stelle könnte ich noch einige Bundesgesetze aufzählen, aber darauf verzichte ich.»

Ergänzungsfrage von David Siems (Grüne)
«Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob ich das richtig verstanden habe. Also, wenn das Gerät korrekt eingestellt ist, also wenn nur unter Fünfundzwanzigjährige dies hören, dann gilt es nicht als Lärmverschmutzung. Wenn nur junge Leute vom Lärm beeinträchtigt werden, handelt es sich nicht um Lärmverschmutzung. Ist das richtig?»

Antwort des Stadtrates, Hanspeter Schmid (Die Mitte/EVP), Sicherheitsvorstand
«Grundsätzlich wäre es bewilligungspflichtig, wenn der Lärm hörbar ist, auch für unter fünfundzwanzigjährige.»

**Frage 6 von David Siems (Grüne) zur veralteten App der Stadt Dübendorf und mögliche Anschlusslösung**

Einleitung
Vor rund 12 Jahren richtete die Stadt Dübendorf eine Gemeinde-App für Smartphones ein, die im Wesentlichen einer abgespeckten Version der Website der Stadtverwaltung entsprach. Mit der Inbetriebnahme der neuen Smartphone-kompatiblen Website der Stadtverwaltung mit dem sogenannten Responsive Design, das sich an die Bildschirmgrösse anpasst, ist die App in dieser Form obsolet geworden. Die neueren Bewertungen in den App-Stores von Google und Apple sind dementsprechend auch durchgehend negativ.

Diverse Schweizer Gemeinden verwenden mittlerweile den digitalen Dorfplatz von Crossiety. Diese App verfügt im Vergleich zur Website über diverse Mehrwerte, wie z.B. einen Marktplatz, einen Mängelmelder, welcher zum Beispiel eine übervolle Abfalltonne oder eine versprühte Wand melden könnte und Nachbarschaftshilfe-Funktionen, die private Initiative fördern und so die Verwaltung entlasten.

Fragen
Braucht es die App in dieser Form aus Sicht des Stadtrates noch, oder lässt er sie vom Netz nehmen?

Zieht der Stadtrat in Betracht, Crossiety als Anschlusslösung zu prüfen?

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold (SVP)
«Die App braucht es tatsächlich aktuell noch, auch wenn insbesondere das Design etwas ins Alter gekommen ist.
Die Website kann den Funktionsumfang dieser App nicht vollumfänglich abdecken.
Beispielsweise sind über die App Push-Nachrichten oder einfache und direkte Importe von Kalender-Einträgen möglich.

Die Einführung von Crossiety wurde vor zwei Jahren geprüft, jedoch aus Kosten/Nutzen-Gründen nicht weiterverfolgt.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 7 von David Siems (Grüne) zur Vernetzung Stadtbibliothek / Bettlipark**

Einleitung
Im September 2023 wurde der Bettlipark eröffnet und damit ein bisher umzäuntes Gelände in öffentlichen Raum umgewandelt. Die Fusswege beidseits des Gebäudes Bettlistrasse 22, so die Bibliothek, die Ludothek und die WBK drin sind, sind aber immer noch durch Zäune und geschlossene Türchen blockiert. Wer also z.B. von der Bibliothek in den Park möchte, muss einen Umweg via Casinostrasse machen.

Fragen
Erfüllen diese Barrieren noch einen Zweck, nun da der Bettlipark sowieso öffentlicher Raum ist?

Können sie, auch vor dem Hintergrund der Vernetzungsstrategie des Räumlichen Entwicklungskonzeptes REK, entfernt werden?

Antwort des Stadtrates, Dominic Müller (Die Mitte/EVP), Hochbauvorstand
«Die Zugänglichkeit des Bettliparks von der Bettlistrasse her entlang des Gebäudes oder auch durch das Gebäude hindurch war bereits bei der Planung des Bettliparks ein Thema.

Der Stadtrat hat sich aber damals dafür entschieden, den Bettlipark losgelöst von dieser Frage zu realisieren, um das Projekt des Bettliparks nicht mit weiteren, komplexeren, umfassenderen Fragen zusätzlich zu belasten.
Solange die Mietwohnung im Bettli noch genutzt wird, ist das ganze Gelände von dieser Seite her nicht öffentlich begehbar.
Dies sollte sich jedoch mutmasslich im Verlauf vom Jahr 2025 ändern und dann wird der Stadtrat diese Frage aufnehmen und wird sie in Kombination mit der geplanten Eigennutzung und den weiteren Überlegungen rund um das Gebäude Bettli und dem Zugang zum Bettlipark prüfen, um ob und die Zugänglichkeit verbessert werden kann.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 8 von Andrea Brühlmann (glp/GEU) zur LEG (Letztverbraucher mit Entlastungskontingent), Nachbarschaftsstrom**

Einleitung
Durch die Annahme des Stromversorgungsgesetz vom 9. Juni 2024 ist eine Nachbarschaftsvertrag zur Teilung des durch Solaranlagen produzierten Stromes prinzipiell möglich. Dies, um den Solarstrom zu fördern und den Solaranlagebesitzern einen besseren Strompreis zu ermöglichen. Zudem sollen auch Strombezüger von einem tieferen Strompreis bei guten Wetterbedingungen profitieren können.
Dübendorf hat Solaranlagen auf Ihren Liegenschaften, die zum Teil im Sommer bei sonnigem Wetter mehr Strom liefern, als vor Ort verbraucht wird.

Fragen
Verfolgt die Stadt Dübendorf die Aktivitäten rund um die Einführung des neuen Stromverordnungsgesetztes um möglichst bald Elemente wie die LEG einsetzen zu können?
Sind in dieser Hinsicht schon Überlegungen und Schritte auf Seiten der Stadt Dübendorf unternommen worden?
Darf davon ausgegangen werden, dass die Glattwerke, die neuen Instrumente verfolgen und als Energieversorger hier eine unterstützende Rolle einnehmen wird?

Wie sollen interessierte Anwohner vorgehen?

Antwort des Stadtrates, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand
«Ich stelle fest, es gibt im Rat sehr viel Interesse an vielen Details in der Energiepolitik.
Vielleicht zuerst ein paar kurze Infos, damit wir alle auf dem gleichen Wissensstand sind.
Die sogenannten LEGs stehen für Lokale Elektrizitätsgemeinschaften, die mit dem neuen Stromversorgungsgesetz ab Januar 2026 möglich werden. Im Unterschied zu den bisher möglichen ZEVs, also Zusammenschluss Eigenverbrauch, können sich damit Stromkonsumenten und -erzeuger mehrerer Haushalte nicht nur eines Gebäudes, sondern neu auch quasi über die Strasse hinweg, vorausgesetzt sie sind am gleichen Verteilknoten angeschlossen, zusammenschliessen.
Für die Schaffung von LEGs gibt es viele Voraussetzungen, u.a. technische, aber auch regulatorische. Z.B. brauchen sie eine räumliche Nähe der LEG-Teilnehmer, sie benötigen Smart Meter, und eine Mindestleistung. Details regelt die Verordnung. Diese tritt stufenweise in Kraft bis im Januar 2026. Beide, die Stadt Dübendorf als Liegenschaftsbesitzerin, und die Glattwerk AG verfolgen die regulatorischen Änderungen im Strombereich sehr nahe. Sobald die Umsetzungsdetails klar sind, ist eine Umsetzung von LEGs möglich und mit dem lokalen Stromversorger abzustimmen, im Falle Dübendorfs die Glattwerk AG.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

## Frage 9 von Patrick Schärli (die Mitte/EVP) zum Grosseinsatz der Polizei wegen Bedrohungsalarm

Einleitung
In der Primarschule Wil kam es am Nachmittag vom 16. Januar 2025 zu einem grossen Polizeieinsatz. Zum Glück handelte es sich um einen Fehlalarm. Gemäss Medienberichten wurde die Ursache des Fehlalarms durch die Kantons-polizei Zürich.

Frage
Konnte die Kantonspolizei bereits die Ursache, wer oder was den Fehlalarm ausgelöst hatte, bereits ermitteln?

Falls ja, gibt es schon Erkenntnisse wie ein solcher Fehlalarm künftig verhindert werden kann?

Antwort des Stadtrates, Susanne Hänni (glp/GEU), Bildungsvorständin
«In neuen und neu renovierten Schulhäusern gibt es blaue Alarmtaster für den Bedrohungsfall wie es diese auch in Rot für den Feueralarm gibt. Im Schulhaus Wil gibt es diese seit 2018. Es wurde bis dahin noch nie ein Fehlalarm ausgelöst, die Kinder und Erwachsenen gehen damit sehr verantwortungsvoll um. Zum Fehlalarm am 16. Januar kam es auf Grund einer unbeabsichtigten Auslösung dieses Tasters durch ein Kind.
Die Schwierigkeit bei einem solchen Bedrohungsalarm ist, dass alle Beteiligten sich in ihrem Zimmer einschliessen müssen und sich nicht von der Stelle bewegen dürfen, bis die Polizei das Gebäude wieder frei gibt, was in unserem Fall fast zwei Stunden dauerte. Auch der Schulleiter darf also nicht im Schulhaus herumgehen, um zu sehen, ob tatsächlich eine Gefahr besteht. Im Ernstfall wäre dies lebensgefährlich.
Da der Alarm nicht mit böser Absicht ausgelöst wurde, wird der Vorfall keine strafrechtlichen oder finanziellen Konsequenzen haben. Wir sind vor allem froh, ist nichts Schlimmes passiert. In der Zwischenzeit haben wir diese Alarmtaster deaktivieren lassen und werden das Sicherheitskonzept im Bedrohungsfall mit Fachpersonen nochmals intern prüfen. Für alle Mitarbeitenden steht weiterhin die Notfallnummer zur Verfügung, welche im Falle einer Notsituation angerufen werden kann.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

## Frage 10 von Lukas Schanz (SVP) zur Verzögerung bei der Neuberechnung der Kita-Subventionen

Einleitung
In der Gemeinderatsdebatte vom 6. Mai 2024 wies die SVP Fraktion den Stadtrat darauf hin, dass er mit der neuen KiBeVO ein administratives Monster schafft und die Gesuche wohl nicht mit der geplanten Stelle bewältigt werden können. Nun scheint genau dies eingetreten zu sein. Stadtrat Ivo Hasler und die Kommunikationsstelle der Primarschule informierte vergangene Woche die Kinderkrippen, dass es zu Verzögerungen bei der Neuberechnung der Subventionen kommt.

Frage
- Teilt der Stadtrat inzwischen die Meinung der SVP Fraktion, dass die Administration sehr aufwändig ist und viele Ressourcen benötigt werden?
- Wieso nimmt der Stadtrat Warnungen und Hinweise von Gemeinderäten und der Bevölkerung nicht ernst?
- Wie viele Mehrstunden müssen aufgewendet werden und werden diese der entsprechenden Kostenstelle belastet (augenscheinlich ist bereits die Kommunikationsstelle sowie die Leiterin Bildung involviert)?
- Bis wann werden die Anträge bearbeitet sein und die Subventionen ausgerichtet?

Antwort des Stadtrates, Ivo Hasler (SP), Sozialvorstand
«Zum Thema viele Ressourcen, welche benötigt werden sollen: Der Stadtrat stellt fest, dass die eingesetzten Ressourcen mit den 60% Stellenprozenten zum jetzigen Zeitpunkt richtig bemessen wurden.

Betreffend Warnhinweisen: Der Stadtrat nimmt selbstverständlich Warnungen und Hinweise gerne entgegen und prüft diese jeweils sorgfältig. Falls notwendig, werden Massnahmen ergriffen.

Zur Frage zu den Mehrstunden: Es müssen keine Mehrstunden aufgewendet werden. Die Kommunikationsstelle und die Leitung Bildung waren lediglich aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls letzte Woche involviert. Die Fachstelle ist mit allen Kitas in Kontakt.

Bis wann werden die Anträge bearbeitet sein und die Subventionen ausgerichtet? Insgesamt wurden 144 Anträge bei der Fachstelle Subventionen eingereicht - ich erinnere daran: seit 01.01.2025 ist dies in Kraft und es passiert natürlich jetzt alles laufend. Davon wurden 113 verarbeitet. Das heisst, die korrekten Elternbeiträge können nun von den Anbietern verrechnet und die Subventionen von der Fachstelle vergütet werden. Dort, wo es nicht ganz aufgeht, wird mit Akontozahlungen überbrückt. Dies wird jedoch zukünftig nicht mehr der Fall sein.

Vielleicht noch eine zusätzliche Bemerkung: Die neue KiBeVo bzw. das neue Tarifreglement erforderte eine umfassende Umprogrammierung der Schulverwaltungssoftware Scolaris, damit die neuen Tarife für die Subventionierung korrekt ausgewiesen werden können. Diese Umprogrammierung wurde rechtzeitig durch die Schulverwaltung ausgelöst. Es zeigten sich jedoch seitens des Softwareherstellers einige massive Schwierigkeiten in der Umsetzung. Diese führten leider zu unvorhersehbaren Verzögerungen. Der Start bei der Umstellung auf ein komplett neues Bemessungssystem für Subventionen ist nicht zu unterschätzen. Doch mittlerweile konnten die allermeisten Herausforderungen bewältigt werden. Die Verzögerungen bedauert der Stadtrat sehr und ist jedoch davon überzeugt, dass schon bald Normalität einkehren wird. An dieser Stelle möchte ich der Schulverwaltung meinen Dank aussprechen, denn diese ganze Umstellung war eine ziemlich grosse Übung. Ich bin überzeugt, dass das gut kommt.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) stellt fest, dass damit alle traktandierten Geschäfte und eingereichten Fragen behandelt worden sind.

**Einwände gegen die Verhandlungsführung**
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.
Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.
Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

**Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 17. Februar 2025 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 3. März 2025 festlegen.

Damit ist die 27. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

---

Schluss der Sitzung: 20:05 Uhr

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

Aline Helbling
Stv. Gemeinderatssekretärin

**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Roger Gallati
Gemeinderatspräsident